

**Öffentliche Niederschrift**

**über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am**

**Dienstag, 16.04.2024, 10:00 Uhr,**

**im Sitzungszimmer 111 des Rathauses, 46236 Bottrop**

**- Nr. 2 /2024 -**

Anwesend unter dem Vorsitz von **Oberbürgermeister Tischler:**

ordentliche Mitglieder:

Ratsherr Beicht, Frank	SPD	
Ratsfrau Bobrzik, Irmgard	DKP	
Bürgermeisterin Budke, Monika	CDU	
Ratsfrau Dr. Bunse, Antoinette	CDU	
Ratsherr Buschfeld, Matthias	SPD	
Ratsfrau Dominas, Marianne	ödp	
Ratsherr Engels, Patrick	AfD	
Ratsherr Göddertz, Thomas, MdL	SPD	
Ratsherr Hirschfelder, Hermann	CDU	
Ratsherr Hürter, Rainer	CDU	
Ratsfrau Jung, Margit	SPD	
Ratsherr Jungmann, Volker	CDU	
Ratsfrau Kohmann, Anja	SPD	
Ratsherr Köllner, Roger	B`90/Grüne	
Ratsfrau Lange, Sigrid	B`90/Grüne	
Ratsherr Lehr, Rüdiger	SPD	
Ratsherr Mersch, Andreas	FDP	
Ratsherr Schmidt, Niels	BOT.Sozial	
Bürgermeister Strehl, Klaus	SPD	10:00 - 13:00 Uhr, anschließend Vertretung durch Ratsherrn Schneider, André
Ratsfrau Swoboda, Andrea Maria	B`90/Grüne	
Ratsherr Todt, Andreas	SPD	
Ratsfrau Voßbeck, Sonja	SPD	

stellvertretende Mitglieder:

Ratsherr Schneider, André	SPD	ab 13:00 Uhr Vertretung für Bürgermeister Strehl, Klaus
---------------------------	-----	---

Gast:  
Ratsherr Sabelleck, Heinz                      DKP

Verwaltung:

Stadtkämmerer Brunnhofer, Jochen	Dezernat II
Erster Beigeordneter Pintea, Emilio	Dezernat III
Technischer Beigeordneter Müller, Klaus	Dezernat IV
Beigeordnete für Bildung und Soziales	
Alexius-Eifert, Karen	Dezernat V
Frau Kuhn, Jeanette	Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Bräuninger, Thorsten	Fachbereich 10
Herr Müller, Markus	Fachbereich 10
Frau Reetz, Karina	Amt 14                      (bis 13:00 Uhr)
Herr Metzen, Markus	Fachbereich 20
Herr Linzner, Andreas	Fachbereich 20
Herr Ewers, Markus	Fachbereich 20
Herr Strickerschmidt, Tim	Fachbereich 20
Herr Große-Venhaus, Stefan	Fachbereich 20
Herr Wiegert, Henning	BSBB                      (bis 14:45 Uhr)
Herr Abraham, Björn	Fachbereich 01
Herr Nimphius, Jörg	Fachbereich 01
Frau Holzkamp, Hannelore	Fachbereich 01

**Oberbürgermeister Tischler** eröffnet die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Im Anschluss stellt **Oberbürgermeister Tischler** die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die form- und fristgerechte Zustellung der Einladung mit der Tagesordnung fest.

Mit dem Schreiben vom 11.04.2024 sei die Übersicht über den Stand der Beratungen zu durchlaufenden Vorlagen zugestellt worden.

Mit dem Schreiben seien zudem zu dem Tagesordnungspunkt A 8 die eingegangenen Anträge der Fraktionen und Gruppen übersandt worden. Außerdem habe die Aufstellung des Fachbereichs Finanzen mit der Sortierung der Anträge nach Produkten für die Beratung des Tagesordnungspunktes A 8 beigelegt.

Auf den Tischen liege zudem noch die aktualisierte Beschlussvorlage und dazugehörige Anlage zu TOP A 4. Die heute vorgelegten Anträge der FDP-Ratsgruppe zu TOP A 8 seien zudem vor der Sitzung ausgelegt worden. Die Anträge könnten aufgrund der kurzfristigen Einreichung erst im Rahmen der Beratung zum Tagesordnungspunkt A 8 eingearbeitet werden.

**Ratsherr Schmidt** kritisiert, dass die Tagesordnung neben der umfangreichen Beratung des Haushaltes für das Jahr 2024 noch weitere Tagesordnungspunkte enthalte, die auch in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 23.04.2024 hätten beraten werden können.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Auf Nachfrage von **Oberbürgermeister Tischler** erfolgen keine Befangenheitserklärungen der Mitglieder des Ausschusses zu den vorliegenden Tagesordnungspunkten.

**Oberbürgermeister Tischler** kündigt an, dass er in der Sitzung des Rates in der übernächsten Woche zu Beginn auf der Grundlage des § 11 Abs. 6 der Geschäftsordnung darüber abstimmen lasse, die Etatreden der Fraktionsvorsitzenden und Sprecher der Ratsgruppen auf eine Redezeit von 20 Minuten zu begrenzen.

# Tagesordnung

## **A) Öffentliche Sitzung:**

TOP	Nr. der Drucksache	Inhalt
1		Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 27.02.2024 - Nr. 1 /2024 -
2		Antrag der SPD-Ratsfraktion: Antrag für einen jährlichen Digitalisierungsbericht
3	2024/0141	Besetzung von Gremien
4	2024/0139	Erhöhung der Eintrittsentgelte für städt. Kulturveranstaltungen Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturzentrum August Everding
5	2024/0072	Einrichtung eines Ortes des Gemeinsamen Lernens gem. § 20 (5) SchulG NRW an der Gustav-Heinemann-Realschule
6	2024/0092	Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen
7	2024/0128	Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen gemäß § 83 GO NRW; <u>hier:</u> Kenntnissgaben
8	2024/0174	Beratung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

# Sitzungsverlauf

## A) Öffentliche Sitzung:

<b>1</b>	Zuständigkeit:	<b>Entscheidung</b>
----------	----------------	---------------------

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 27.02.2024 - Nr. 1 /2024 -

Einwände gegen die Fassung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 27.02.2024 – Nr. 1 / 2024 – werden nicht erhoben.

<b>2</b>	Zuständigkeit:	<b>Entscheidung</b>
----------	----------------	---------------------

Antrag der SPD-Ratsfraktion:  
Antrag für einen jährlichen Digitalisierungsbericht

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen jährlichen Digitalisierungsbericht vorzulegen. Dies soll im Zusammenhang mit den jährlich stattfindenden Berichterstattungen zum HSK geschehen. Dabei sind Zeitpläne für die im Bericht angestrebten Ziele anzugeben und die haushaltsspezifischen Effekte darzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 5 Enthaltungen (3 B`90/Grüne, 1 ödp, 1 FDP)

### **Erläuterungen:**

**Oberbürgermeister Tischler** erläutert, dass die SPD-Ratsfraktion per E-Mail am 25.03.2024 einen Antrag auf jährliche Berichterstattung zu dem Thema Digitalisierung zu-geleitet habe.

**Ratsherr Buschfeld** führt aus, dass im Haushaltssicherungskonzept aufgeführt sei, dass durch das Fortschreiten der Digitalisierung künftig 140 Stellen entfallen würden. Dieser Schritt solle von der Politik begleitet werden. Neben der Berichterstattung solle ein Plan definiert werden, der die Vorgehensweise und Vergleichsmaßstäbe festlege. Mit dem Antrag möchte er nicht unterstellen, dass die Verwaltung diese Maßnahme im Rahmen des jährlichen Haushaltssicherungskonzeptes nicht berücksichtigen werde. Klar definiert werden solle in dem Bericht, bis zu welchen Zeitpunkten welche Ziele umzusetzen seien. Außerdem sollte das Verfahren transparent behandelt werden.

**Ratsfrau Swoboda** stellt fest, dass bereits eine jährliche Berichterstattung zur Digitalisierung beschlossen worden sei. Der Antrag würde nun einen Teilaspekt konkret hervorheben. Sie sehe diesen Antrag als überflüssig an, da jährlich bereits berichtet werde. Viele

Beschlüsse, die heute erfolgen würden, müssten regelmäßig kontrolliert werden. Die Personalentwicklung sei dementsprechend ein nachzuhaltender Punkt. Zudem habe das Frauenforum Stellung genommen und eine besondere Sensibilisierung des Personaleinsatzes im Sozial- und Jugendbereich gefordert. Die jährliche Berichterstattung zum Haushaltssicherungskonzept enthalte demnach viele Maßnahmen. Die Digitalisierung sei ein Teilbereich. Der Antrag sei aufgrund des sowieso jährlich vorzulegenden Berichtes entbehrlich. Die erforderliche Berichterstattung zum Haushaltssicherungskonzept könne im Rahmen der Haushaltsberatung beraten werden.

**Ratsherr Mersch** schließt sich den Ausführungen an. Er erkundigt sich, in wieweit sich die bisherige Berichterstattung zur Digitalisierung von dem geforderten Bericht unterscheiden würde.

**Ratsherr Buschfeld** ergänzt, dass die Personaloptimierung bisher kein Thema des jährlichen Digitalisierungsberichtes gewesen sei.

**Ratsfrau Bobrzik** erklärt, dass sie dem Antrag der SPD-Ratsfraktion zustimmen werde. Sie sei der Auffassung, dass bei Anträgen eine formale Anrede gewählt werden sollte. Die persönliche Anredeform, wie in dem Antrag der SPD-Ratsfraktion enthalten, solle vermieden werden.

**Ratsfrau Swoboda** ist der Auffassung, dass nicht immer alles reglementiert werden müsse. Sie vertraue darauf, dass die Verwaltung ihrer Berichterstattungspflicht nachkommen werde. Schließlich gebe es neben den personellen Effekten durch die Digitalisierung auch weitere personelle Auswirkungen, die betrachtet werden müssten.

**Ratsfrau Dominas** schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Swoboda an. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsplätze mit in den bisher vorgesehenen Bericht integriere. Der Antrag sei demnach entbehrlich gewesen.

**Ratsherr Schmidt** stellt den Antrag zur Geschäftsordnung mit der Bitte um Schluss der Debatte.

**Oberbürgermeister Tischler** stellt den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung mit der Bitte um Schluss der Debatte wird mit

6 Stimmen dafür (3 SPD, 1 FDP, 1 DKP, 1 BOT.Sozial) gegen 17 Stimmen (6 SPD, 1 OB, 5 CDU, 3 B'90/Grüne, 1 AfD, 1 ödp) abgelehnt.

**Erster Beigeordneter Pintea** stellt fest, dass die personellen Einsparungen im jährlichen Digitalisierungsbericht nicht enthalten gewesen seien. Demnächst würde das Thema jedoch mit aufgenommen werden, weil es sich um einen enormen Posten des Haushaltssicherungskonzeptes handle. Er schlage deshalb vor, dass der jährliche Bericht um den beantragten Punkt ergänzt werde.

Im Anschluss lässt **Oberbürgermeister Tischler** über den Antrag der SPD-Ratsfraktion abstimmen.

<b>3</b>	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0141</b> <b>Vorberatung</b>
----------	-------------------------------------	--

Besetzung von Gremien

**Beschluss:**

Es wird folgende Nachbesetzung beschlossen:

<b>Gremium</b>	<b>Bisheriges Mitglied</b>	<b>Neues Mitglied</b>
Betriebsausschuss Bottroper Sport- und Bäderbetrieb	Krämer Phil (stellvertretendes Mitglied)	König, Nils (stellvertretendes Mitglied)

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

<b>4</b>	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0139</b> <b>Vorberatung</b>
----------	-------------------------------------	--

Erhöhung der Eintrittsentgelte für städt. Kulturveranstaltungen  
Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturzentrum August Everding

**Beschluss:**

Der Erhöhung der Eintrittsentgelte für städt. Kulturveranstaltungen und der neugefassten Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturzentrum August Everding wird zugestimmt. Der Kulturausschuss beauftragt die Verwaltung, die Altersbeschränkung für die Ermäßigungsberechtigung von Studierenden und Schülerinnen und Schülern aufzuheben (25 Jahre plus).

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 21 Stimmen (9 SPD, 1 OB, 5 CDU, 3 B'90/Grüne, 1 AfD, 1 ödp, 1 FDP) gegen 2 Stimmen (1 BOT.Sozial, 1 DKP)

**Erläuterungen:**

**Oberbürgermeister Tischler** führt aus, dass auf den Tischen die aktualisierte Beschlussvorlage und dazugehörige Anlage ausliegen würden. Im Kulturausschuss sei beschlossen worden, die Altersbegrenzung bei den ermäßigten Tickets komplett zu streichen. Dies gelte ebenso bei den Last Minute Tickets. Die Beschlussvorlage und die Anlage seien

dementsprechend überarbeitet worden. In den Apps sei bereits die aktualisierte Fassung enthalten.

**Ratsherr Schmidt** führt aus, dass eine Preiserhöhung nicht sinnvoll sei. Die sozialen Hürden für die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen sollten nicht erhöht werden. Den Beschlussvorschlag werde er ablehnen.

<b>5</b>	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0072</b> <b>Kenntnisnahme</b>
----------	-------------------------------------	--

Einrichtung eines Ortes des Gemeinsamen Lernens gem. § 20 (5) SchulG NRW an der Gustav-Heinemann-Realschule

**Beschluss:**

1. Der Einrichtung eines Ortes des Gemeinsamen Lernens zum Schuljahr 2024/2025 an der Gustav-Heinemann-Realschule wird gem. § 20 Abs. 5 SchulG NRW zugestimmt.
2. Unter den Bedingungen des § 46 Abs. 4 Schulgesetz NRW stimmt der Schulträger einer Begrenzung der Klassenfrequenzhöchstwerte grundsätzlich zu.
3. Ggf. erforderliche bauliche Maßnahmen und Ausstattungsmaßnahmen zur Deckung entsprechender Bedarfe sind umzusetzen.
4. Die ermittelten Bedarfe werden nach der Prüfung durch die Verwaltung dem Schulausschuss und dem Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss zur Beratung vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Kenntnisnahme

<b>6</b>	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0092</b> <b>Vorberatung</b>
----------	-------------------------------------	--

Fonds zur Förderung der Stadtteilarbeit: Änderung der Antragsfristen

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bottrop beschließt die erläuterten Änderungen der Richtlinie zur Förderung der Stadtteilarbeit.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

<b>7</b>	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0128</b> <b>Kenntnisnahme</b>
----------	-------------------------------------	--

Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen gemäß § 83 GO NRW;  
hier: Kenntnissgaben

**Beschluss:**

Die Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen gemäß § 83 GO NRW wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Kenntnisnahme

<b>8</b>	Drucksachenummer: Zuständigkeit:	<b>2024/0174</b> <b>Vorberatung</b>
----------	-------------------------------------	--

Beratung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

**Beschluss:**

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

- a) Dem **Haushaltsplan 2024** wird laut Änderungsnachweis zur Beschlussvorlage zugestimmt.
- b) Dem **Stellenplan 2024** wird unter Einbeziehung beschlossener Veränderungen zugestimmt.
- c) Dem **Haushaltssicherungskonzept 2024** wird unter Einbeziehung beschlossener Veränderungen zugestimmt.
- d) Die **Haushaltssatzung** der Stadt Bottrop für das Haushaltsjahr 2024 wird gemäß § 80 Abs. 4 GO NRW beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

- zu a) Mit 15 Stimmen (9 SPD, 1 OB, 5 CDU) gegen 8 Stimmen (3 B`90/Grüne, 1 AfD, 1 ödp, 1 BOT.Sozial, 1 DKP, 1 FDP)
- zu b) Mit 15 Stimmen (9 SPD, 1 OB, 5 CDU) gegen 7 Stimmen (3 B`90/Grüne, 1 ödp, 1 BOT.Sozial, 1 DKP, 1 FDP) bei 1 Enthaltung 1 (1 AfD)
- zu c) Mit 15 Stimmen (9 SPD, 1 OB, 5 CDU) gegen 8 Stimmen (3 B`90/Grüne, 1 AfD, 1 ödp, 1 BOT.Sozial, 1 DKP, 1 FDP)
- zu d) Mit 15 Stimmen (9 SPD, 1 OB, 5 CDU) gegen 8 Stimmen (3 B`90/Grüne, 1 AfD, 1 ödp, 1 BOT.Sozial, 1 DKP, 1 FDP)

## **Erläuterungen:**

**Erstellt durch FB 20:**

## **Einzelberatungen**

Zur Sitzung des Ausschusses wurden schriftliche Änderungsanträge der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, der AfD-Ratsfraktion sowie der Ratsgruppen ödp, DKP, FDP und BOT.Sozial vorgelegt. Soweit eine Einzelabstimmung erfolgt ist, sind zur besseren Übersicht die Abstimmungsergebnisse bei den Anträgen, die dieser Niederschrift beigelegt sind, vermerkt worden.

## **Beratung Haushaltssicherungskonzept**

### **Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen zum Thema „Papierloses Rathaus“**

**Ratsfrau Swoboda** stellt lobend fest, dass die Stadt Bottrop wegen ihres geringen Papierverbrauches bereits mehrfach ausgezeichnet worden sei. Dennoch bestehe weiteres Potenzial für Einsparungen, das sie gemeinsam mit der Verwaltung realisieren wolle. Es falle ihr jedoch aufgrund fehlender Kenntnisse der Verwaltungsabläufe schwer, dies monetär zu beziffern. Sie bittet um eine Prognose der Verwaltung, ob noch weitere finanzielle Vorteile in diesem Bereich erzielt werden könnten und dies als HSK-Maßnahme aufgenommen werden sollte.

**Herr Bräuninger** erläutert, dass die Verwaltung bereits mit der Umstellung auf „papierloses Arbeiten“ begonnen habe. In den Jahren 2021 – 2023 sei innerhalb der Verwaltung - ohne Schulen und Druckerei - eine Reduzierung des Papierverbrauchs von 5,6 Mio. Blatt auf 2,4 Mio. Blatt Papier im Jahr 2023 erfolgt. Dies sei insbesondere mit dem Einsatz der Software DMS gelungen, die es ermögliche, Vorgänge und Arbeitsabläufe digital zu verwalten. Monetär lasse sich der deutlich reduzierte Papierverbrauch nicht abbilden, da zeitgleich die Preise für Papier stark gestiegen seien.

**Oberbürgermeister Tischler** entspricht der Bitte von **Ratsfrau Swoboda**, diesen Punkt zur Beobachtung mit ins HSK aufzunehmen und erklärt, dass im Zuge der Berichterstattung über das HSK auch zu weiteren Fortschritten zum „papierlosen Rathaus“ berichtet werde.

### **Antrag der ödp-Ratsgruppe zum „Vorziehen von Stellenstreichungen bei Ausscheiden von Mitarbeitern“**

**Ratsfrau Dominas** erklärt, dass sie es nicht verstehe, dass Stellenstreichungen erst im Zusammenhang mit dem Ausscheiden einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgenommen würden und äußert ihre Verwunderung darüber, dass Aufgaben immer erst dann wegfielen, wenn Mitarbeitende in den Ruhestand gehen würden. Sie bittet daher zu prüfen, ob für den Fall, dass sich eine Aufgabe erledigt habe oder mit einem verringerten Arbeitsaufwand wahrgenommen werden könne, eine Stellenreduzierung vorgezogen werden und eine Umsetzung des betroffenen Mitarbeitenden auf eine unbesetzte Stelle erfolgen könne. Hierdurch verspreche sie sich zusätzliche Konsolidierungseffekte.

**Herr Bräuninger** erläutert das Vorgehen der Verwaltung im Zusammenhang mit der Ermittlung der Konsolidierungseffekte in Bezug auf Standardreduzierungen innerhalb der Verwaltung und erklärt, dass am Anfang alle freiwilligen Aufgaben einer Aufgabenkritik unterzogen worden seien. Darüber hinaus sei das gesamte Aufgabenportfolio der Verwaltung mit dem Ziel überprüft worden, Aufgaben zu identifizieren, bei denen mit vertretbaren Nachteilen für Bürgerinnen, Bürger und Mitarbeitende Standardreduzierungen bzw. Aufgabenverdichtungen vorgenommen werden könnten. Als nächster Schritt sei die zeitliche Umsetzung der Maßnahme zu prüfen gewesen. Hierbei sei in den betroffenen Aufgabenbereichen das Ausscheiden eines Mitarbeitenden als spätestester Zeitpunkt für die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahme gewählt worden. Sollte in den betroffenen Verwaltungsbereichen in dem Konsolidierungszeitraum bis 2034 kein Mitarbeitender aus Altersgründen ausscheiden, sei das Jahr 2030 als Durchschnittswert für die Umsetzung der Maßnahme gewählt worden. Hierbei sei das Jahr der Umsetzung jeweils als spätestester Umsetzungszeitpunkt zu verstehen. Er versichert, dass einzelne Konsolidierungsmaßnahmen vorzeitig umgesetzt werden, sofern sich im Konsolidierungszeitraum diese Möglichkeit durch eine aktive Umsetzung oder aufgrund von Bewerbungsverfahren oder Aufgabenumverteilungen ergeben würde.

#### **Anträge der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen, der AfD-Ratsfraktion, der ödp-Ratsgruppe, der FDP-Ratsgruppe und der DKP-Ratsgruppe zur Reduzierung der Fraktionszuwendungen**

Im Laufe einer breit geführten Diskussion der antragstellenden Ratsfraktionen bzw. Ratsgruppen über die Konsolidierungsmaßnahme entscheiden sich die Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen und die ödp-Ratsgruppe zu einem gemeinsamen Antrag zur Reduzierung der Fraktionszuwendungen um 50%.

#### **Abstimmungsergebnisse über den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen und der ödp-Ratsgruppe zur Reduzierung der Fraktionszuwendungen um 50%:**

Mit 6 Stimmen (3 B'90/Grüne, 1 ödp, 1 FDP, 1 DKP) gegen 17 Stimmen (9 SPD, 5 CDU, 1 AfD, 1 BOT.Sozial, 1 OB) abgelehnt.

Hierzu lag auch ein inhaltsgleicher Antrag der DKP Ratsgruppe vor.

#### **Abstimmungsergebnis über den Antrag der FDP-Ratsgruppe zur Reduzierung der Fraktionszuwendungen um 30%:**

Mit 4 Stimmen (3 B'90/Grüne, 1 FDP) bei 19 Gegenstimmen (9 SPD, 5 CDU, 1 AfD, 1 ödp, 1 DKP, 1 BOT.Sozial, 1 OB) abgelehnt.

#### **Abstimmungsergebnis über den Antrag der AfD-Ratsfraktion zur Reduzierung der Fraktionszuwendungen um 10%:**

Mit 1 Stimme (1 AfD) bei 22 Gegenstimmen (9 SPD, 5 CDU, 3 B'90/Grüne, 1 ödp, 1 DKP, 1 FDP, 1 BOT.Sozial, 1 OB) abgelehnt.

#### **Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Graffitibeseitigung durch städtische Mitarbeiter**

**Ratsfrau Swoboda** erläutert den Antrag und erklärt, dass die Verwaltung zukünftig 50.000 € pro Jahr einsparen könne, indem man die Graffitibeseitigung im Stadtgebiet durch eigenes Personal durchführe.

**Technischer Beigeordneter Müller** weist darauf hin, dass Verunstaltungen und Beschädigungen im Stadtgebiet durch Graffiti immer mehr zunehmen und gewisse Verunreinigungen bereits durch eigenes Personal entfernt würden. Zahlreiche Beschädigungen seien aber so aufwändig zu beseitigen, dass herkömmliche Reinigungsmittel nicht ausreichen würden. Daher müsse die Stadtverwaltung in diesen Fällen auf Spezialfirmen zurückgreifen, sodass der Haushaltsansatz in Höhe von 50.000 € gerechtfertigt sei.

Nach den Erläuterungen des **Technischen Beigeordneten Müller** zieht **Ratsfrau Swoboda** ihren Antrag zurück.

### **Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen zum Thema „Anwohnerparkausweise“**

**Ratsfrau Swoboda** erläutert den Antrag und führt aus, dass sie sich eine Anhebung der Gebühren für Anwohnerparken nach dem Koblenzer Modell wünsche, das vorsehe, die Gebührenhöhe nach der Größe des jeweiligen Fahrzeuges zu bemessen. Nach Aufnahme in das HSK könnten hierdurch zusätzliche Konsolidierungseffekte erzielt werden.

**Erster Beigeordneter Pinte** führt aus, dass es zurzeit an einer Landesregelung fehle, die eine rechtssichere Aufstellung einer entsprechenden Gebührensatzung ermögliche. Sobald die notwendige Landesverordnung vorliege, werde die Satzung auf den Weg gebracht. Auf Nachfrage von **Ratsfrau Swoboda** bestätigt er, dass zukünftig eine Konsolidierungsmaßnahme zum Thema „Anwohnerparkausweise“ ab 2026 in das HSK aufgenommen werden solle.

### **Antrag der ödp-Ratsgruppe zur Evaluierung von Stelleneinsparungen im Bürgerservice**

**Ratsfrau Dominas** erklärt, dass sich der vorliegende Antrag auf alle Leistungen beziehe, die im Zusammenhang mit Standardreduzierungen stehen würden und bei denen der Bürger mit Einschränkungen zu rechnen habe. Hier solle ein Jahr nach der Umsetzung der jeweiligen Maßnahme geprüft werden, ob die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zumutbar seien.

**Oberbürgermeister Tischler** versichert, dass die gewünschte Evaluierung der jeweiligen Konsolidierungsmaßnahmen erfolgen werde.

### **Antrag der ödp-Ratsgruppe zur Umsetzung des Verwaltungsvorschlags: Beibehaltung einer 1,0-Stelle für „Regionales Bildungsbüro“ und „Kommunale Koordinierung“ + 0,5-Stelle Sekretariatsarbeit**

**Beigeordnete Alexis-Eifert** erläutert, dass die Verwaltung in der Sitzung des Schulausschusses am 14.03.2024 den Auftrag erhalten habe, zu überprüfen, inwieweit die Bereiche „Kommunale Koordinierung“ und „Regionales Bildungsbüro“ mit reduzierten Personal- und Sachkosten fortgeführt werden können, um das Angebot im Grunde zu erhalten. Sie führt aus, dass beide Projekte in Kooperation mit dem Land NRW durchgeführt würden und ergänzt, dass die Verwaltung der Überzeugung sei, dass mit jeweils einer 0,5-Stelle für jeden der o. g. Bereiche den Verpflichtungen aus der Kooperation nachgekommen werden könne und somit in Bottrop beide Bereiche weitergeführt werden könnten, was den Bottroper Schülerinnen und Schülern zu Gute käme. Sie erklärt im Anschluss den Vorschlag der Verwaltung, dass für die „Kommunale Koordinierung“ und das „Regionale

Bildungsbüro“ jeweils eine halbe Stelle belassen werden solle, die Einsparungen innerhalb des HSK sich jedoch entsprechend reduzieren würden.

**Oberbürgermeister Tischler** stellt fest, dass Einvernehmen bestehe und über den Antrag daher nicht abgestimmt werden müsse.

### **Antrag der ödp-Ratsgruppe zur Fortführung der Vermietung von Schulraum an Dritte durch kostendeckende Neuregelung der Entgelte (gem. Verwaltungsvorlage)**

**Beigeordnete Alexius-Eifert** verweist auf die letzte Schulausschusssitzung, in der diskutiert worden sei, inwieweit das Angebot der Schulraumüberlassung an Vereine, Verbände und ähnliche Institutionen weiter aufrechterhalten werden könne. Sie merkt an, dass in der Sitzung des Schulausschusses bereits erklärt worden sei, dass derzeit zu sehr günstigen und bei weitem nicht kostendeckenden Konditionen Schulraum angemietet werden könne. Sie führt weiter aus, dass eine Kostendeckung nur zu erreichen wäre, wenn die Benutzungsgebühren um mehrere 100 % angehoben würden. Sie schlägt daher vor, dass die (Netto-) Einsparung i. H. v. 25.000 € durch eine veränderte Benutzungsordnung sowie das Nutzen von Synergien in der Ablauforganisation bei den besonders nachgefragten Schulstandorten (Aula Welheim, Lichthof am Berufskolleg) realisiert werden solle.

**Ratsherr Buschfeld** hält fest, dass die SPD mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden sei und das Gremium auch abstimmen solle. Er finde es gut, dass ein Mittelweg aus Einschränkung der Schulstandorte und einer angemessenen Erhöhung der Nutzungsentgelte gefunden worden sei.

**Ratsfrau Dominas** vertritt ebenfalls die Ansicht, dass über den Antrag abgestimmt werden solle.

**Ratsherr Mersch** bezieht sich auf seine Aussage aus dem Schulausschuss, dass es Spekulation sei, ob die Vereine eine moderate Erhöhung der Nutzungsentgelte annehmen würden oder nicht. Er hält fest, dass beobachtet werden müsse, wie eine moderate Anhebung angenommen werde.

**Ratsherr Schmidt** hält es für nötig abzuklären, was genau abgestimmt werden solle. Er stellt fest, dass sich der Verwaltungsvorschlag von dem Vorschlag in der Vorlage unterscheide. Eine Erhöhung der Nutzungsentgelte um 200 % hält er für eine „Null-Lösung“. Er trägt weiter vor, dass auch andere Akteure (z. B. die Mieter in Welheim) jenseits der Politik bei einer Anpassung der Entgelte im Blick behalten werden müssten. Die Zielgesellschaft solle nicht stranguliert werden.

**Ratsfrau Dominas** stellt klar, dass weiterhin Vermietungen stattfinden sollten, damit Schulraum für Treffen der Vereine, Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehe. Sie trägt vor, dass eine Erhöhung der Eintrittspreise bei einer Karnevalsveranstaltung um 2 € je Karte nicht das Aus der Veranstaltung bedeuten würde. Sie verweist zudem auf Erhöhungen bei den Kulturveranstaltungen.

**Ratsfrau Bobrzik** stellt klar, dass sie eine Weitervermietung für wichtig halte, da der Saalbau nicht mehr zur Verfügung stehe und Verbände und Vereine daher Schwierigkeiten hätten, geeignete Räumlichkeiten für Feierlichkeiten zu finden. Sie warnt vor einer zu großen Erhöhung, um auch finanziell schlechter gestellten Akteuren die Möglichkeit zu geben, Räumlichkeiten anzumieten. Sie fordere getrennte Abstimmungen: Eine Abstimmung solle sich grundsätzlich mit der Vermietung befassen und die andere solle sich mit der Erhöhung der Gebühren beschäftigen.

**Ratsherr Jungmann** schlägt vor, für die Ratssitzung einen Betrag einzusetzen und im Fachgremium die Satzung zu beschließen. Er hält es für sachgerecht, im Fachausschuss zu entscheiden, welche Erhöhung vorgenommen werde.

**Beigeordnete Alexius-Eifert** erläutert, dass auf Grund der kurzen Zeitspanne in der Vorlage nur die kostendeckende Rechnung zu finden sei. Sie gibt **Ratsherrn Jungmann** recht, dass der Fachausschuss beteiligt werden solle. Sie erklärt weiter, dass sich die Verwaltung gerne an der Zielgröße i. H. v. 25.000 € orientieren würde.

#### **Abstimmungsergebnis über die Vorgehensweise der Verwaltung zur Fortführung der Vermietung von Schulraum an Dritte:**

Einstimmig beschlossen.

#### **Antrag der ödp-Ratsgruppe zur Rücknahme der Maßnahme „Ausstieg JeKits“**

**Ratsfrau Dominas** erläutert, dass ihre Ratsgruppe die Maßnahme für sozial nicht ausgewogen halte, da die falschen Personengruppen von einer Streichung betroffen wären. Sie vertritt die Ansicht, dass es sich nur um ein geringes Einsparpotenzial handle und dafür erfolgreiche Strukturen zerschlagen würden, welche nicht schnell wiederaufgebaut werden könnten.

**Ratsherr Schmidt** bekräftigt, dass durch die Streichung der Maßnahme jedes Jahr Hunderten der Zugang zu musikalischer Bildung verbaut würde. Der Musikunterricht in den Grundschulen könne das JeKits-Angebot nicht ersetzen. Des Weiteren halte er es nicht für praktikabel, musische Angebote in die OGS zu verlagern, da weder Kapazitäten noch entsprechende Qualifikationen vorhanden seien. Er führt weiter aus, dass die Musikschule destabilisiert würde.

**Ratsfrau Swoboda** verweist auf die Debatte zum HSK im Kulturausschuss. Sie hebt hervor, dass das JeKits-Programm nach Startschwierigkeiten inzwischen ein Erfolgsmodell sei. Das Programm sei mittlerweile nicht mehr nur für die musikalische Bildung wichtig, sondern auch im Bereich der Sozialarbeit. Sie macht deutlich, dass eine Streichung des Projekts für ihre Ratsfraktion nicht in Frage komme.

**Ratsherr Hirschfelder** hält fest, dass eine Streichung des Programms ebenfalls nicht auf Begeisterung bei der CDU-Ratsfraktion gestoßen sei. Die Aufnahme in das HSK sei für ihn allerdings nicht automatisch mit der endgültigen Beendigung des Programms verbunden, da weiterhin nach Kompensationsmöglichkeiten gesucht würde.

**Ratsherr Engels** stellt klar, dass er eine Streichung des JeKits-Programms ablehne.

**Ratsherr Mersch** erläutert, dass ein beschlossenes HSK für ihn verbindlich und belastbar sein müsse. Es sei kein Konzept, welches der Bezirksregierung gefallen müsse und in Zukunft so gedreht werden könne, dass es passe.

**Ratsfrau Dominas** trägt vor, dass schon vor geplanter Beendigung der Maßnahme im Jahr 2030 das Programm in sich zusammenfalle, da Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber sich bereits neue Aufgaben suchen würden.

**Ratsherr Hirschfelder** erläutert, dass man das Gesamtkonzept des HSK im Blick behalten müsse.

**Ratsfrau Bobrzik** gibt **Ratsfrau Dominas** grundsätzlich recht und hebt hervor, dass das JeKits-Programm für Personengruppen gedacht sei, welche nicht die finanziellen Voraussetzungen hätten, die musikalische Bildung ihrer Kinder privat zu fördern.

**Ratsfrau Swoboda** schlägt eine Umbenennung der HSK-Maßnahme in „Optimierung JeKits“ vor. Ihrer Meinung nach seien sich die Parteien in der grundsätzlichen Aufrechterhaltung des Programms einig.

**Stadtkämmerer Brunhofer** verweist auf die Diskussionen im Kulturausschuss und bestätigt die Aussage von **Ratsfrau Dominas**, dass das Programm Startschwierigkeiten gehabt hätte. Er bezieht sich auf die Ausführungen von **Ratsherrn Schmidt** und stellt klar, dass das Angebot der Musikschule viel breiter aufgestellt sei als im JeKits-Programm. Darüber hinaus gäbe es im Kulturbereich eine größere Angebotsvielfalt (z. B. in der Bibliothek und in der Kulturwerkstatt), als es das JeKits-Programm bieten würde. Er macht klar, dass weiterhin überprüft werde, eine Lösung über Sponsoren zu realisieren. Die Einsparsumme von 150.000 € zu erreichen, halte er allerdings für nicht sehr wahrscheinlich. Des Weiteren verweist er auf die ebenfalls im Kulturausschuss getätigten Äußerungen, dass ein Teil der musikalischen Bildung über die offene Ganztagsbetreuung abgedeckt werden könne.

**Ratsfrau Swoboda** bekräftigt, dass das JeKits-Programm weiterhin eine Zukunftsperspektive haben solle. Allerdings solle das Programm optimiert werden, da es bislang nicht problemfrei gewesen sei.

**Ratsherr Schmidt** bleibt bei seiner Meinung, dass eine Streichung des JeKits-Programms zu einer Schwächung der Musikschule führen würde.

**Ratsherr Hirschfelder** schließt sich dem Vorschlag von Ratsfrau Swoboda an, die HSK-Maßnahme in „Optimierung JeKits“ umzubenennen.

**Ratsherr Buschfeld** macht deutlich, dass das Programm ab 2030 auch beendet sein könne, sofern keine Lösung über Sponsorengelder gefunden werde. Er führt weiter aus, dass die Problematik, wie bei vielen anderen Projekten ebenfalls, in der nicht auskömmlichen Finanzierung durch das Land liege. Die Stadt könne nicht bei jedem, vom Land angestoßenen und nicht auskömmlich finanzierten Projekt, mit Eigenmitteln einspringen. Einer Umbenennung der HSK-Maßnahme könne er sich aber anschließen.

**Ratsfrau Dominas** hält den Antrag der ödp-Ratsgruppe aufrecht. Sie unterstützt die Idee, dass Sponsoren für das JeKits-Programm gefunden werden sollen. Sie macht jedoch klar, dass man mit der Abstimmung „Farbe bekennen“ solle und das Projekt zunächst beende oder es weiterhin aufrechterhalte.

#### **Abstimmungsergebnis über den Antrag der ödp-Ratsgruppe zur Rücknahme der Maßnahme „Streichung von JeKits“:**

Mit 5 Stimmen (1 AfD, 1 ödp, 1 DKP, 1 FDP, 1 BOT.Sozial), 3 Enthaltungen (3 B´90/Grüne) bei 15 Gegenstimmen (9 SPD, 5 CDU, 1 OB) abgelehnt.

#### **Abstimmungsergebnis über die Umbenennung in „Optimierung JeKits“:**

Mit 19 Stimmen (9 SPD, 5 CDU, 3 B´90/Grüne, 1 FDP, 1 OB) bei 3 Gegenstimmen (1 AfD, 1 DKP, 1 BOT.Sozial) und 1 Enthaltung (1 ödp) beschlossen.

## **Antrag der ödp-Ratsgruppe zur Rücknahme der Stelleneinsparung von 1,5 auf 1,0 Stellen im Quadrat, um dienstags im Vormittagsbereich für Gruppen weiterhin öffnen zu können**

**Ratsfrau Dominas** beantragt die Stelleneinsparung von 1,5 Stellen auf 1,0 Stellen im Quadrat zu reduzieren, um die Öffnungszeiten am Dienstagvormittag für Gruppen weiterhin aufrecht erhalten zu können. Ziel müsse es sein, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen den Besuch kultureller Einrichtungen zu ermöglichen. Dabei verweist sie auf die Vergangenheit, in der viele Kindergarten- und Schulgruppen das Quadrat besucht hätten.

**Ratsherr Schmidt** hinterfragt ebenfalls kritisch die beabsichtigte Schließung am Dienstagvormittag. Die kostenintensive Erweiterung des Museums stehe dem entgegen. Vielmehr müsse eine Marketingoffensive gestartet werden, um noch mehr Besucher zu generieren.

**Ratsfrau Swoboda** greift die offene Frage aus dem Kulturausschuss auf und fragt **Stadtkämmerer Brunnhof**, wie die Reaktion der Fördergeberinnen und Fördergeber des Quadrates hinsichtlich des Einsparungsvorschlags der Verwaltung ausgefallen sei.

**Stadtkämmerer Brunnhof** gibt zu bedenken, dass alle Öffnungstage eine ähnliche Frequentierung aufweisen würden. Aus Sicht der Verwaltung wäre es sinnvoll, den Dienstag in Verbindung mit dem Montag zu betrachten, da man so zwei aufeinanderfolgende Schließungstage hätte. Eine Öffnung am Dienstagvormittag würde dazu führen, dass im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes lediglich eine Vollzeitstelle beim Aufsichtspersonal eingespart werden könnte, welches den Konsolidierungsbetrag um ca. 30.000 € reduzieren würde.

Darüber hinaus lässt **Stadtkämmerer Brunnhof** verlauten, dass er in aktuellen Gesprächen mit Sponsoren bisher keine ablehnende Haltung habe beobachten können.

**Ratsherr Buschfeld** signalisiert seine Bereitschaft, die ödp bei deren Antrag zu unterstützen. Er schlägt vor, zunächst alle zwei Wochen für Gruppen zu öffnen und anschließend die Frequentierung zu beleuchten, um für die Zukunft eine sinnvolle Weichenstellung vorzunehmen.

**Ratsfrau Swoboda** betont, dass der Antrag der ödp unterstützt werde, da die Investitionen der Vergangenheit nicht mit einer Schließung einhergehen würden.

**Ratsherr Hirschfelder** weist darauf hin, dass dennoch ein gewisser Einsparungsbetrag im Haushaltssicherungskonzept aufgeführt werden müsse. Dabei spiele es nur eine untergeordnete Rolle, an welchem Tag die Öffnungszeiten reduziert würden.

**Oberbürgermeister Tischler** schlägt als Kompromiss vor, dass das Museum Dienstagvormittag für Gruppen geöffnet bleiben solle und die Verwaltung das Einsparungspotenzial hinsichtlich der Stelleneinsparung korrigieren müsse.

**Ratsfrau Dr. Bunse** gibt zu bedenken, dass ein weiterer Schließungstag des Museums eine extrem negative Symbolwirkung erzeuge und die Bottroper Kulturszene in ein schlechtes Licht rücke.

**Stadtkämmerer Brunnhof** weist erneut darauf hin, dass eine Öffnung am Dienstagvormittag dazu führe, dass im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes lediglich eine Vollzeitstelle beim Aufsichtspersonal eingespart werden könnte, was den Konsolidierungsbetrag um ca. 30.000 € reduzieren würde.

**Ratsherr Schmidt** stellt den Antrag, komplett auf die Einsparungsmaßnahme zu verzichten.

**Abstimmungsergebnis über den Antrag der Ratsgruppe BOT.Sozial – Verzicht auf die Maßnahme:**

Mit 5 Stimmen (3 B´90/Grüne, 1 DKP, 1 BOT.Sozial) bei 18 Gegenstimmen (9 SPD, 5 CDU, 1 AfD, 1 ödp, 1 FDP, 1 OB) abgelehnt.

**Ratsfrau Dominas** zieht daraufhin ihren ursprünglichen Antrag zurück. Gleichzeitig wird der Antrag dahingehend umformuliert, dass das Museum am Dienstagvormittag für angemeldete Gruppen weiterhin geöffnet bleiben soll.

**Abstimmungsergebnis über den geänderten Antrag der ödp-Ratsgruppe – Öffnung des Museums am Dienstagvormittag für angemeldete Gruppen:**

Mit 12 Stimmen (9 SPD, 1 ödp, 1 FDP, 1 OB) bei 4 Enthaltungen (3 B´90/Grüne, 1 AfD) gegen 7 Stimmen (5 CDU, 1 BOT.Sozial, 1 DKP) zugestimmt.

**Antrag der AfD-Ratsfraktion zur Optimierung von Schaltzeiten bzw. der Beleuchtungsdauer von Laternen sowie der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden**

**Ratsherr Engels** greift die Problematik von Schaltzeiten bzw. der Beleuchtungsdauer von Laternen sowie der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden auf und weist darauf hin, dass in der Vergangenheit oftmals das Licht im Gebäude Ernst-Wilczok-Platz 2 über Nacht eingeschaltet worden sei.

**Technischer Beigeordneter Müller** erläutert, dass die Beleuchtung des Gebäudes Ernst-Wilczok-Platz 2 aus Sicherheitsgründen erfolgen müsse. Zudem weist er darauf hin, dass im Rahmen der Energiekrise im Jahr 2022 sämtliche Schaltzeiten von Ampelanlagen sowie die Beleuchtung öffentlicher Gebäude einer detaillierten Prüfung unterzogen worden seien, sodass aktuell kein Handlungsbedarf bestehe.

**Ratsherr Engels** zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

**Antrag der SPD-Ratsfraktion zum Verzicht auf die Reduzierung bezirklicher Mittel**

**Ratsherr Buschfeld** nimmt Bezug auf die Beratungen in den Bezirksvertretungen Süd und Mitte und beantragt, die Reduzierung bezirklicher Mittel zu überdenken. Er weist darauf hin, dass die Aufgaben und anstehenden Maßnahmen der einzelnen Bezirksvertretungen mit den Einsparungen nicht in Einklang zu bringen seien. Zudem sei zu berücksichtigen, dass der Haushaltsansatz der bezirklichen Mittel in den letzten Jahren erst erhöht worden sei. Eine Reduzierung würde daher viele Pläne und die allgemeine Handlungsfreiheit im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zunichtemachen.

**Ratsfrau Lange** macht darauf aufmerksam, dass jeder Bezirk in der Vergangenheit sehr verantwortungsvoll mit seinen Mitteln umgegangen sei und sichert ihre Unterstützung bei dem Antrag zu.

**Ratsherr Engels** pflichtet seinen Vorrednern bei und würde den Antrag ebenfalls unterstützen.

### **Abstimmungsergebnis über den Antrag der SPD-Ratsfraktion – Verzicht auf die Reduzierung bezirklicher Mittel**

Mit 22 Stimmen (9 SPD, 5 CDU, 3 B´90/Grüne, 1 AfD, 1 ödp, 1 DKP, 1 BOT.Sozial, 1 OB) gegen 1 Stimme (1 FDP) zugestimmt.

### **Antrag der CDU-Ratsfraktion zur Weiterführung der Förderung von privaten Photovoltaikanlagen**

**Ratsherr Hirschfelder** stellt den Antrag, die Förderung von privaten Photovoltaikanlagen fortzuführen. Der Haushaltsansatz könne einen Beitrag zur Umweltverbesserung leisten, indem im privaten Bereich Energielieferanten mit Zuschüssen gefördert würden.

### **Abstimmungsergebnis über den Antrag der CDU-Ratsfraktion – Weiterführung der Förderung von privaten Photovoltaikanlagen**

Mit 17 Stimmen (9 SPD, 5 CDU, 1 FDP, 1 BOT.Sozial, 1 OB) gegen 6 Stimmen (3 B´90/Grüne, 1 AfD, 1 ödp, 1 DKP) zugestimmt.

Darüber hinaus sind zu einigen HSK-Maßnahmen Einzelabstimmungen erfolgt. Eine Übersicht mit den jeweiligen Maßnahmen, der antragstellenden Ratsfraktion/Ratsgruppe, dem Antragsgegenstand sowie dem Abstimmungsergebnis ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss lässt **Oberbürgermeister Tischler** über das Haushaltssicherungskonzept mit den beschlossenen Änderungen abstimmen.

Danach fragt **Oberbürgermeister Tischler** nach weiteren Anträgen zum Haushaltsplan 2024 und lässt, nachdem keine Rückmeldungen erfolgt sind, über den Haushaltsplan 2024 laut Änderungsnachweis zur Beschlussvorlage abstimmen.

Anschließend erfolgt die Gesamtabstimmung zum Stellenplan und zur Haushaltssatzung.

**Oberbürgermeister Tischler** schließt die öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses um 15:50 Uhr und bedankt sich bei den Zuschauern für Ihre Teilnahme.

gez. Bernd Tischler

Oberbürgermeister

gez. Hannelore Holzkamp

Schriftführerin

## Anträge der Fraktionen/Gruppen

lfd. Nr.	HSK-Maßnahme-Nr. Produktgruppen/Produkte	Partei	Thema/Antragsgegenstand	Antragsvolumen/ Differenz	Bemerkungen	Abstimmungsergebnis
	<b>Haushaltssicherungskonzept</b>					
	Produktübergreifend	GRÜNE	Papierloses Rathaus	- €		nicht abgestimmt
	Produktübergreifend	ödp	Vorziehen von Stellenstreichungen bei Ausscheiden von Mitarbeitenden	- €		nicht abgestimmt
	Produktübergreifend	BOT.Sozial	Auflösung Dezernat V	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	Produktübergreifend	BOT.Sozial	Haushaltssanierungsbeitrag des Verwaltungsvorstandes, der Vorstände der BEST AöR, Sparkasse Bottrop sowie der Geschäftsführung der GBB; Verzicht auf 20 % der Bezüge Die Verwaltung wird um eine <b>Schätzung der Höchstsumme</b> gebeten	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	010101_1 - Reduzierung Fraktionszuwendungen	GRÜNE	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	- 377.300 €	Reduzierung um 50 % statt 5 %	gegen 6 (Grüne, ödp, DKP, FDP) abgelehnt
		ödp	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	- 377.300 €	Reduzierung um 50 % statt 5 %	gegen 6 (Grüne, ödp, DKP, FDP) abgelehnt
		AfD	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	- 76.830 €	Reduzierung um 10 % statt 5 %	gegen 1 (AfD) abgelehnt
		DKP	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	- 384.150 €	Reduzierung um 50 % statt 5 %	gegen 6 (Grüne, ödp, DKP, FDP) abgelehnt
	010101_1 - Reduzierung Fraktionszuwendungen	FDP	Reduzierung der Fraktionszuwendungen	- €	auf das Niveau von 2022 vor der letzten Erhöhung, mind. um 30 %	gegen 4 (Grüne, FDP) abgelehnt
	010102_1 Reduzierung bezirksbezogene Haushaltsansätze	SPD	Reduzierung der bezirksbezogenen Haushaltsansätze	43.200 €		gegen 1 (FDP) zugestimmt
	011202_1 - Verzicht auf Verschönerungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden	AfD	Kein kompletter Verzicht auf Verschönerungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden	150.000 €	Reduzierung Konsolidierungsbetrag um 50%	gegen 1 (AfD) abgelehnt
	011202_neu	GRÜNE	Graffitiabeseitigung durch städt. Mitarbeiter	- 50.000 €		zurückgezogen
	020402_neu (Straßenverkehrs- und Straßenbenutzungsangelegenheiten)	GRÜNE	Anwohnerparkausweise (Erhöhung der Gebühren nach dem Koblenz-Modell)	- €	mind. 100 € + Gebühr je nach Länge und Breite des Fahrzeuges <b>Hinweis:</b> Unter 020402 43210029 ist bereits ein Betrag von 165 T€ im Haushaltsentwurf für 2024 ff. für Verw.gebühren Bewohnerparken veranschlagt.	nicht abgestimmt
	020501_1 und 020501_2 - Stellenreduzierung Bürgerbüro	ödp	Evaluierung von Stelleneinsparungen im Bürgerservice ein Jahr nach Umsetzung der Maßnahme	- €		nicht abgestimmt
	030201_1 und 030201_2 - Auflösung KoKo	ödp	Umsetzung des Verwaltungsvorschlags: Beibehaltung einer 1,0-Stelle für "Regionales Bildungsbüro" und "Kommunale Koordinierung" + 0,5-Stelle Sekretariatsarbeit	- €		einvernehmlich zugestimmt (Maßnahme 030201_2 entfallen)
	030201_6 - Standardreduzierung Schulorganisation	ödp	Fortführung der Vermietung von Schulraum an Dritte durch kostendeckende Neuregelung der Entgelte (gem. Verwaltungsvorlage)	- €		mit 22 Stimmen (SPD, CDU, Grüne, AfD, ödp, DKP, FDP, OB bei 1 Enthaltung (BOT.Sozial) zugestimmt
	040301_1 - Ausstieg JeKits	ödp	Rücknahme der Maßnahme, keine Streichung von JeKits	150.000 €		gegen 5 (AfD, ödp, DKP, FDP, BOT.Sozial) bei 3 Enthaltungen (Grüne) abgelehnt
	040301_1 - Ausstieg JeKits	Grüne	Umbenennung in "Optimierung JeKits"			gegen 3 (AfD, DKP, BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (ödp) zugestimmt
	040501_1 - Reduzierung Öffnungszeiten Quadrat	ödp	Rücknahme der Stelleneinsparung von 1,5 auf 1,0 Stellen im Quadrat, um dienstags im Vormittagsbereich für Gruppen weiterhin öffnen zu können.	- €		zurückgezogen
	040501_1 - Reduzierung Öffnungszeiten Quadrat	OB/ ödp	Öffnung am Dienstagmorgen für angemeldete Gruppen			gegen 7 (CDU, DKP, BOT.Sozial) bei 4 Enthaltungen (Grüne, AfD) zugestimmt
	040501_1 - Reduzierung Öffnungszeiten Quadrat	BOT.Sozial	Verzicht auf die Maßnahme	89.200 €		gegen 5 (Grüne, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	050102_neu (Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege)	AfD	Streichung der Zuwendungen für das "Bündnis buntes Bottrop" und Nichtanspruchnahme Förderung "NRWeltoffen"	- 19.000 €		gegen 1 (AfD) abgelehnt

## Anträge der Fraktionen/Gruppen

lfd. Nr.	HSK-Maßnahme-Nr. Produktgruppen/Produkte	Partei	Thema/Antragsgegenstand	Antragsvolumen/ Differenz	Bemerkungen	Abstimmungsergebnis
	050103_1 - Standardreduzierung ASD	BOT.Sozial	Verzicht auf Standardreduzierung ASD	60.800 €	in Verbindung mit Auflösung Dezernat V	gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	050204_neu (Durchführung d. Asylbewerberleistungsg)	AfD	Prüfauftrag zur Ausübung von gemeinnützig zu verrichtender Arbeit durch Flüchtlinge	- €		gegen 1 (AfD) abgelehnt
	120101_neu (Gemeindestraßen)	AfD	Optimierung von Schaltzeiten bzw. der Beleuchtungsdauer von Laternen sowie der Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden	- €		zurückgezogen
	120105_1 - Anhebung Parkgebühren	GRÜNE	Anhebung der Parkgebühren	555.000 €		gegen 4 (Grüne, ödp) bei 1 Enthaltung (BOT.Sozial) abgelehnt
	120105_2 - Erhöhung Parkgebühren City-Parkplatz	GRÜNE	Erhöhung der Parkgebühren "City-Parkplatz" für Dauerparker	16.200 €		gegen 4 (Grüne, ödp) bei 1 Enthaltung (BOT.Sozial) abgelehnt
	120105_neu (Parkeinrichtungen)	GRÜNE	Bewirtschaftung der nicht-bewirtschafteten Stellplätze	- €		gegen 4 (Grüne, ödp) bei 1 Enthaltung (BOT.Sozial) abgelehnt
	120106_1 _ Anhebung Parkgebühren Parkhaus Schützenstraße	GRÜNE	Anhebung der Parkgebühren im Parkhaus Schützenstraße	100.000 €		gegen 4 (Grüne, ödp) bei 1 Enthaltung (BOT.Sozial) abgelehnt
	130101_neu (Öffentl. Grün, Landschaftsbau)	AfD	Verlängerung des Turnus zur Durchführung von Grünschnittarbeiten	- €		gegen 1 (AfD) abgelehnt
	140101_8 - Einstellung der Förderung von privaten Photovoltaikanlagen	CDU	Einstellung der Förderung von privaten Photovoltaikanlagen	55.000 €		gegen 6 (Grüne, AfD, ödp, DKP) zugestimmt
	150101_1 - konsequente Vermarktung freier Grundstücke	ödp	Verzicht von Grundstücksveräußerungen, stattdessen Vermarktung auf Basis von Erbpacht	- €		gegen 5 (2 Grüne, ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	150101_neu (Wirtschaftsförderung)	FDP	Beendigung des Projektes "FunCity" und Übertragung der Aufgaben an die RuhrTourismus GmbH	- €		Verschiebung in die Beratung des Haushaltsplanes
	150101_neu (Wirtschaftsförderung)	FDP	Verkauf der städtischen Anteile an der InnovationCity Management GmbH (ICM)	- €		gegen 6 (Grüne, AfD, ödp, FDP) abgelehnt
	150101_neu (Wirtschaftsförderung)	FDP	Verkauf der städtischen Anteile an der Flugplatzgesellschaft Schwarze Heide	- €		gegen 1 (FDP) abgelehnt
				Beschluss HSK		gegen 8 (Grüne, AfD, ödp, DKP, FDP, BOT.Sozial) zugestimmt
	<b>Haushaltsplan</b>					
	<b>01 Innere Verwaltung</b>					
	01 12 02 Zentrale Gebäudewirtschaft	DKP	Rekommunalisierung der Gebäudereinigung Die Verwaltung wird mit der Berechnung der finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahme beauftragt.	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Keine Fremdvergabe für Gebäudereinigung (-5.445.000 €)	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	01 12 03 Saalbau	BOT.Sozial	Potentialanalyse Kulturstandort Bottrop (Konzept inkl. Standortvorschlag zur Errichtung oder Erwerb eines Ersatzbaus für den Saalbau)	50.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	<b>02 Sicherheit und Ordnung</b>					
	02 05 01 Bürgerbüro	BOT.Sozial	Schaffung eines mobilen Bürgerbüros Die Verwaltung wird um <b>Kostenschätzung</b> gebeten	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	<b>03 Schulträgeraufgaben</b>					
	03 01 01 Grundschulen	DKP	Streichung Elternbeiträge - kostenfreier Besuch der OGS	- 1.070.000 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Verzicht auf Elternbeiträge OGS	- 1.070.000 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Rücknahme Reduzierung Unterrichtsmaterial OGS	- 31.500 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Konzept für ein neues Netz von Lehrschwimmbecken	100.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Beschaffung eines Schwimmmobils als Zwischenlösung bis zur Verwirklichung neuer Lehrschwimmbecken	600.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt

## Anträge der Fraktionen/Gruppen

lfd. Nr.	HSK-Maßnahme-Nr. Produktgruppen/Produkte	Partei	Thema/Antragsgegenstand	Antragsvolumen/ Differenz	Bemerkungen	Abstimmungsergebnis
	03 01 02 Hauptschulen	BOT.Sozial	Wegfall Kostenbeitrag Mittagessen - kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen	- 3.000 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	03 01 03 Realschulen	BOT.Sozial	Wegfall Kostenbeitrag Mittagessen - kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen	- 500 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	03 01 04 Gymnasien	BOT.Sozial	Wegfall Kostenbeitrag Mittagessen - kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen	- 200 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	03 01 05 Gesamtschulen	BOT.Sozial	Wegfall Kostenbeitrag Mittagessen - kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen	- 500 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	03 01 06 Förderschulen	BOT.Sozial	Wegfall Kostenbeitrag Mittagessen - kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen	- 30.500 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	03 01 08 Sekundarschulen	BOT.Sozial	Wegfall Kostenbeitrag Mittagessen - kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen	- 1.500 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
<b>04 Kultur und Wissenschaft</b>						
	04 01 01 Kulturpflege	DKP	Zuschüsse an Verbände und Vereine	12.100 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Straßenmusikfestival in der Bottroper Innenstadt	50.000 €		gegen 1 (BOT.Sozial) abgelehnt
	04 04 01 Bibliothek	DKP	Schaffung einer Arthothek	20.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
<b>05 Soziale Leistungen</b>						
	05 01 02 Förderung v. a. Trägern der Wohlfahrtspflege	DKP	Zuschüsse an Verbände und Vereine des sozialen Bereichs - Kürzungen zurücknehmen	5.200 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Rücknahme Kürzung der Zuschüsse an Verbände und Vereine des sozialen Bereichs (Anpassung an Ergebnis 2015)	11.700 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Gewährung Zuschuss Energiesparberatung	10.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Erhöhung Zuschuss Suppenküche Kolüsch <b>Fragestellung:</b> Warum im aktuellen Haushalt nicht zu finden?	8.000 €	Zuschuss Kolüsch in Höhe von 4.000 € in 050102 53180048 (Zuschüsse an Verbände und Vereine) für 2024 ff. enthalten.	gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	05 01 03 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	DKP	Wiedereinführung Bottrop-Pass	25.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Wiedereinführung Bottrop-Pass	30.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Rücknahme Streichung der Zuschüsse für Altentagesstätten	22.200 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	05 02 05 Leistungen nach dem SGB II	DKP	Erhöhung Ansatz Unterkunfts- und Heizungskosten	11.763.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Erhöhung Ansatz Unterkunfts- und Heizungskosten	3.763.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
<b>06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe</b>						
	06 01 01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	BOT.Sozial	Rücknahme der jüngsten Erhöhungen von Elternbeiträgen in KITas (unabhängig der Trägerschaft)	717.500 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	06 01 02 Tageseinrichtungen für Kinder	BOT.Sozial	Wegfall Kostenbeitrag Mittagessen - kostenloses Mittagessen für alle Kinder	- 267.500 €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
<b>07 Gesundheitsdienste</b>						
	07 01 01 Gesundheitsschutz und -hilfe	BOT.Sozial	Fortführung der Schwangerschaftskonfliktberatung (Teilaspekt von Zuschüssen für lfd. Zwecke)	- 15.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
<b>09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen</b>						
	09 01 01 Räumliche Planung und Entwicklung	BOT.Sozial	Planung einer Feuerwache 3 im Bereich Freiheit Emscher - Kosteneinschätzung der Verwaltung	- €		gegen 3 (ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt

## Anträge der Fraktionen/Gruppen

lfd. Nr.	HSK-Maßnahme-Nr. Produktgruppen/Produkte	Partei	Thema/Antragsgegenstand	Antragsvolumen/ Differenz	Bemerkungen	Abstimmungsergebnis
<b>10 Bauen und Wohnen</b>						
	10 03 01 Wohnraumförderung und -versorgung	DKP	Förderung des kommunalen sozialen Wohnungsbaus	10.000.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Förderung von sozialem Wohnungsbau (kommunal)	8.000.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
	10 04 01 Hilfen bei Wohnproblemen (Soz. Einrichtungen)	BOT.Sozial	Reduzierung des Ansatzes Benutzungsgebühren Obdachlosenunterkünfte	- 102.775 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Modellprojekt Housing First (möglichst in Zusammenarbeit mit der GBB)	600.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) bei 3 Enthaltungen (Grüne) abgelehnt
		BOT.Sozial	Nothilfefonds bei Miet- und Nebenkostenrückständen zur Vermeidung von Räumungsklagen (nicht KdU-Berechtigte)	700.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
<b>11 Ver- und Entsorgung</b>						
	11 03 01 Abwasserbeseitigung	BOT.Sozial	Konzept Abwasserbeseitigung/ Hochwasserschutz <b>Fragestellung:</b> Welche zusätzlichen Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen sind vorgesehen und wo sind diese verbucht?	- €		nur Fragestellung
<b>12 Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV</b>						
	12 01 01 Gemeindestraßen	DKP	Übernahme der Radstationen am HBF und ZOB als stadt eigene Einrichtungen	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Sofortprogramm Radverkehr Die Verwaltung wird um <b>Kostenschätzung</b> gebeten	- €		zurückgezogen
		BOT.Sozial	Beschaffung und Einsatz einer mobilen Fahrrad-Waschstraße	50.000 €		zurückgezogen
	12 01 05 Parkeinrichtungen	BOT.Sozial	Schaffung von 20 überdachten Fahrradstellplätzen Ecke Schützenstr./ Hochstr.	30.000 €		gegen 1 (BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (ödp) abgelehnt
	12 01 06 Parkhäuser	BOT.Sozial	Sicherung Parkhaus am HBF gegen Vandalismus	- €		gegen 1 (BOT.Sozial) abgelehnt
	12 02 01 Verkehrsunternehmen	BOT.Sozial	Taktverkürzung im ÖPNV	2.670.900 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (ödp) abgelehnt
		BOT.Sozial	Straßenbahnlinie Bottrop HBF - Kirchhellen Mitte (Machbarkeitsstudie) sowie Anbindung Freiheit Emscher	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (ödp) abgelehnt
		BOT.Sozial	Einführung eines 29 Euro-Tickets für Menschen im Leistungsbezug, Renterinnen, Azubis Die Verwaltung wird um <b>Kostenschätzung</b> gebeten	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (ödp) abgelehnt
		BOT.Sozial	Freie Fahrt für Menschen unter 18 Jahren Die Verwaltung wird um <b>Kostenschätzung</b> gebeten	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (ödp) abgelehnt
<b>13 Natur- und Landschaftspflege</b>						
<b>14 Umweltschutz</b>						
	14 01 01 Umweltschutz	BOT.Sozial	Maßnahmen Niederschlagswasser/ Starkregen (Gründung Regenagentur Bottrop, Vorschlag und Umsetzung eines Programms zur "Förderung von Maßnahmen der naturnahen Regenwasserbewirtschaftung")	150.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
<b>15 Wirtschaft und Tourismus</b>						
	15 01 01 Wirtschaftsförderung	BOT.Sozial	Streichung des Projekts "Zukunftsstandort Bottrop" (Subventionierung Fun-City)	- 125.000 €		gegen 4 (ödp, DKP, FDP, BOT.Sozial) abgelehnt
		FDP	Beendigung des Projektes "FunCity" und Übertragung der Aufgaben an die RuhrTourismus GmbH			inhaltlich mit dem Antrag von BOT.Sozial abgestimmt

## Anträge der Fraktionen/Gruppen

lfd. Nr.	HSK-Maßnahme-Nr. Produktgruppen/Produkte	Partei	Thema/Antragsgegenstand	Antragsvolumen/ Differenz	Bemerkungen	Abstimmungsergebnis
	<b>16 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>					
	16 01 01 Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen	DKP	Anhebung der Gewerbesteuer von 490 auf 520 Punkte	3.918.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		DKP	Senkung der Grundsteuer B von 680 auf 490 Punkte	- 6.583.000 €		gegen 1 (DKP) bei 1 Enthaltung (BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Rücknahme der Erhöhung Grundsteuer B	- 3.900.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Erhöhung Gewerbesteueraufkommen durch zwei zusätzliche Steuerprüfer <b>Fragestellung:</b> Wie kommt eine Steigerung auf 64.000.000 € zustande?	1.000.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Abschaffung der Zweitwohnungssteuer <b>Fragestellung:</b> Wie hoch sind die Kosten der Eintreibung der ZWST?	- 40.000 €		gegen 1 (BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Einleitung einer Verfassungsklage auf adäquate kommunale Finanzausstattung	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Gewinnanteile Sparkasse nicht entnehmen. Sparkassenvorstand wird aufgefordert, diesen Betrag zur Anschaffung und Betrieb einer mobilen Filiale zu verwenden.	- 300.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Gewinnanteile BEST um 150.000 € senken - Vermeidung von Gebührexplosionen	- 150.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
				Beschluss Haushalt		gegen 8 (Grüne, AfD, ödp, DKP, FDP, BOT.Sozial) zugestimmt
	<b>Stellenplan</b>					
		BOT.Sozial	Schaffung einer Stelle Beauftragte/r für "Gute Arbeit"	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Stellenplanung ausreichender Nachwuchsgewinnung und Stabilisierung des Ausbildungsmarktes (9 Stellen)	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Mehraufwandsentschädigung 1,50 EUR-Jobs, Rückführung von 1,50 EUR-Jobs in sv-pflichtige Angestelltenverhältnisse. Quantifizierung, welche Zuwächse im Stellenplan zu verifizieren sind.	- 100.000 €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Erhöhung der Stellenzahl entsprechend dem Stellenäquivalent der anfallenden Überstunden (27 Stellen)	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Neueinstellung Kräfte für die Gebäudereinigung	- €		gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
		BOT.Sozial	Streichung der Stelle Sachbearbeitung Soziale Medien	- 65.000 €		gegen 6 (Grüne, ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
				Beschluss Stellenplan		gegen 7 (Grüne, ödp, DKP, FDP, BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (AfD) zugestimmt
				Beschluss Sitzung		gegen 8 (Grüne, AfD, ödp, DKP, FDP, BOT.Sozial) zugestimmt

## Einzelabstimmungen zu einzelnen HSK-Maßnahmen

HSK-Maßnahme-Nr. Produktgruppen/Produkte	Partei	Thema/Antragsgegenstand	Antragsvolumen/ Differenz	Abstimmungsergebnis
<b>Haushaltssicherungskonzept</b>				
020101_2 - Personalreduzierung Ermittlungsdienst	BOT.Sozial	Verzicht auf HSK-Maßnahme	61.300 €	gegen 3 (AfD, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
020101_2 - Standardreduzierung Kommunalen Ordnungsdienst	BOT.Sozial	Verzicht auf HSK-Maßnahme	149.400 €	gegen 7 (Grüne, AfD, ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
020402_1 - Verzicht auf Verkehrssicherheitsarbeit	BOT.Sozial	Verzicht auf HSK-Maßnahme	10.000 €	gegen 6 (Grüne, ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
020402_2 - Standardreduzierung Führerscheinstelle	AfD	Verzicht auf HSK-Maßnahme	64.800 €	gegen 1 (AfD) abgelehnt
020402_3 - Standardreduzierung Zulassungsstelle	BOT.Sozial	Verzicht auf HSK-Maßnahme	55.100 €	gegen 3 (AfD, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
020501_1 - Standardreduzierung Bürgerservice	BOT.Sozial	Verzicht auf HSK-Maßnahme	115.200 €	gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
020901_1 - Reduzierung Öffentlichkeitsarbeit Feuerwehr	AfD	Verzicht auf HSK-Maßnahme	12.000 €	gegen 1 (AfD) abgelehnt
060201_6 - Standardreduzierung Netzwerker Jugendarbeit	ödp	Verzicht auf HSK-Maßnahme	70.400 €	gegen 6 (Grüne, ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
060201_7 - Optimierung Kinderferienzirkus	BOT.Sozial	Verzicht auf HSK-Maßnahme	40.000 €	gegen 5 (AfD, ödp, DKP, FDP, BOT.Sozial) bei 3 Enthaltungen (Grüne) abgelehnt
080101_1a - Erhöhung Nutzungsentgelte Sportanlagen	AfD	Verzicht auf HSK-Maßnahme	- 40.000 €	gegen 1 (AfD) abgelehnt
080101_1b - Einsparung von Zins- und Abschreibungsaufwand durch zeitl. Verschiebung Neubaumaßnahme	AfD	Verzicht auf HSK-Maßnahme	584.000 €	gegen 1 (AfD) abgelehnt
080101_1b - Einsparung von Zins- und Abschreibungsaufwand durch zeitl. Verschiebung Neubaumaßnahme	GRÜNE	Verzicht auf HSK-Maßnahme	584.000 €	gegen 5 (Grüne, DKP, BOT.Sozial) bei 1 Enthaltung (ödp) abgelehnt
080101_2 - Reduzierung Betriebskostenzuschuss nach Erhöhung Gewinnausschüttung GBB	BOT.Sozial	Verzicht auf HSK-Maßnahme	100.000 €	gegen 2 (DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
100101_1 - Anhebung von Gebühren Bauaufsicht	AfD	Verzicht auf HSK-Maßnahme	- 250.000 €	gegen 1 (AfD) abgelehnt
120201_1 - Reduzierung Zuschussbedarf ÖPNV	GRÜNE	Verzicht auf HSK-Maßnahme	300.000 €	gegen 7 (Grüne, AfD, ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt
130201_1 - Verzicht auf Bekämpfung invasiver Arten	GRÜNE	Verzicht auf HSK-Maßnahme	50.000 €	gegen 7 (Grüne, AfD, ödp, DKP, BOT.Sozial) abgelehnt